

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Post- und Veranlagungsbeiträge kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbeiträge werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: G. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Sitzlich in Bochum, Bismarckstraße 35-42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: VTBergarbeiter Bochum.

Sollst du hassen?

Dort, wo der Mensch das Licht der Welt erblickt,
Ist seine Heimat und sein Vaterland,
Mit dem sich seine Seele eng verbindet.
Was ihn als Kind begeistert und beglückt,
Schützt er als Mann mit Mund und Herz und Hand,
Weil er sich selbst im Vaterland nur findet.

Er liebt die Sprache, die die Mutter spricht,
Er ehrt und achtet seines Vaters Brauch
Und kräftet sich in seines Volkes Sitten.
Gleich wie die Blume liebt das Sonnenlicht,
Liebt er die Heimat bis zum letzten Hauch,
Weil er sich heimisch fühlt in ihren Hütten.

Das ist die Kraft, die sittlich ihn erhebt
Und unvergänglich seine Seele nährt,
Sie wurzelt tief in allen Menschenaffen.
Auch du erstrebst, wofür der andre strebt,
Der einem fremden Staume angehört,
Darfst du ihn deshalb bis aufs Messer hassen?

Bochum. Viktor Kalinowski.

Die preussischen Staatsbergwerke, -Salinen und -Hüttenwerke im ersten Kriegsjahr.

Munmehr ist dem preussischen Landtag, reichlich verspätet wegen der Kriegsfolgen, der Betriebsbericht der fiskalischen Bergwerksverwaltung für 1914 zugegangen. In der einleitenden Allgemeinen Uebersicht wird erklärt, in den ersten vier Monaten des Berichtsjahres — April bis Juli — seien „im Anschluß an das günstige Rechnungsjahr 1913“ die Förderung und der Abjaß „lebhaft“ gewesen, was in einem gewissen Widerspruch mit der Mitteilung im Bericht für das Rechnungsjahr 1913 steht. Denn dort heißt es, 1913 habe „im allgemeinen eine Verschlechterung der Marktlage“ gebracht, die im Eisenerz- und Koksmarkt erst in der zweiten Jahreshälfte fühlbar“ gewesen sei.

Ueber den Einfluß des Krieges auf die Betriebsverhältnisse sagt der fiskalische Verwaltungsbericht in der Hauptsache folgendes:

„Zunächst trat in fast sämtlichen Betrieben ein vollständiger Stillstand in Bezug auf Förderung und Abjaß ein. Besonders wurden die an den Reichsgrenzen gelegenen Bezirke — Saarbrücken, Oberschlesien — schwer betroffen. Auf den Saarbrücker Gruben wurde sofort nach der Kriegserklärung ein verhältnismäßig sehr großer Teil der Belegschaft zu den Fahnen einberufen. Außerdem mußten noch mehrere tausend Bergarbeiter zu Schutz- und Befestigungsarbeiten auf dem westlichen Kriegsschauplatz gestellt werden. Infolge dieser erheblichen Verringerung der Belegschaft ging die Produktion auf einen Bruchteil der normalen zurück. Auch die obersteilischen Steinkohlen- und Erzbergwerke standen von August bis Oktober 1914 unter dem unmittelbaren Druck der kriegerischen Wirren. Erst als im November 1914 durch die entscheidenden Schlachten in Polen die russische Invasionsgefahr für Oberschlesien beseitigt war, traten wieder normalere Verhältnisse ein, namentlich, seitdem als teilweiser Ersatz für die eingezogenen Bergleute russisch-polnische Arbeiter eingestellt wurden. Die westfälischen staatlichen Bezirke hatten ebenfalls stark unter Arbeitermangel zu leiden. Neben den Einberufungen fand u. a. noch eine Verminderung der Belegschaft in der Weise statt, daß starke Arbeiterkolonnen für Aufräumarbeiten in gesprengten Tunneln usw. gestellt werden mußten.“

Während der staatliche Steinkohlenbergbau nur schwer die Krisis bei Ausbruch des Krieges überwand, konnte der staatliche Erzbergbau erfreulicherweise die für die Kriegführung überaus wichtige Metallgewinnung in vollem Umfang aufrecht erhalten. Dagegen erlitt der Kalifalbergbau namentlich infolge der Ausfuhrverbote für das Ausland eine starke Einschränkung. Auch der Abjaß im Inlande floste zeitweilig infolge Wagenmangels. In noch größerem Umfang wurden die königlichen Eisenwerke in Königsberg und der Kalksteinbruch in Müderdors durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen.

Im einzelnen gestalteten sich die Verhältnisse auf den verschiedenen Gebieten in folgender Weise:

Auf den staatlichen Steinkohlenwerken war in den ersten Monaten des Berichtsjahres die Förderung etwa die gleiche wie im entsprechenden Vorjahresabschnitte. Auf die obersteilischen Steinkohlenwerke wirkten die kriegerischen Bewegungen an der Ostfront in der Weise ein, daß zunächst im August die Förderung auf die Hälfte der normalen zurückging und dann allmählich wieder stieg, um im Oktober drei Viertel der Zuliproduktion zu erreichen. Infolge der Angriffsbewegung der Russen im November mußte der Betrieb wieder beträchtlich eingeschränkt werden, konnte aber nach endgültiger Befestigung der Russengefahr beständig gesteigert werden. Auch auf den westfälischen staatlichen Bezirken im August die Förderung auf ein sehr starkes Rückgang der Produktion statt, dessen Grund zunächst in der Eingliederung von Bergarbeitern zu suchen ist. Von 21.500 Arbeitern im Juli fiel die Anzahl im August auf 14.000. Infolge der starken Verminderung der Belegschaft ging die Erzeugung von 543.000 Tonnen im Juli auf 212.000 T. im August zurück. Im September betrug sie 260.000 T., im Oktober 300.000 T., im Januar 330.000 T. und im März 365.000 T. In ganzen blieb die Erzeugung im Berichtsjahre gegenüber dem Vorjahre um 1.000.000 T. zurück; sie betrug 4.000.000 T. in 1914 gegenüber rund 5.000.000 T. in 1913. Besonders stark wurde durch den Ausbruch des Krieges der Saarbrücker Bezirk betroffen, weil er ganz im westlichen Aufmarschgebiete gelegen ist. In den Eingliederungen zum Heeresdienst kam noch die Stellung von mehreren tausend Bergarbeitern zu Befestigungs- und Aufräumarbeiten. Aus diesen Gründen fiel die im Juli über 1.000.000 T. betragende Förderung auf 200.000 T. im August, stieg aber dann im September bereits auf 436.000 T. und im Oktober auf 587.000 T. Der Ausfall an Förderung und Abjaß im Steinkohlenbergbau ist durch Erhöhung der Verkaufspreise nur zum geringen Teile wieder ausgeglichen worden. Die Bergwerksdirektion Einberufung (Sabrae) nahm am 1. Januar 1915 eine Erhöhung der Kohlenpreise um 1 bis 1,50 Mk. vor, wodurch sich der Durchschnittserlös für 1 Tonne Kohle auf 10,40 Mk. gegenüber 10,11 Mk. in 1913 stellte. Der Kokspreis

ging dagegen um ein Geringes zurück. Die Bergwerksdirektion Medlinghausen hatte trotz der infolge der Brennstoffknappheit erheblich gestiegenen Preise keine Vorteile aus der Marktlage, weil die ganze Produktion zu den Abschlußpreisen vergeben werden mußte, die vor Beginn des Krieges vereinbart worden waren. Für die Bergwerksdirektion Saarbrücken stieg der durchschnittliche Verkaufspreis für Kohlen von 12,21 Mk. in 1913 auf 12,57 Mk. im Berichtsjahre, während der Erlös für Koks von 18,88 auf 17,87 Mk. zurückging.

Trotz der etwas gestiegenen Verkaufspreise nahmen infolge der verringerten Förderung, die keine volle Ausnutzung der Betriebsanlagen gestattete, die Generaluntkosten auf die Tonne Kohlen beträchtlich zu. Sie betragen für Oberschlesien 1,81 gegenüber 1,50 Mk. in 1913, für Westfalen 2,02 gegenüber 2,08 Mk. in 1913 und für Saarbrücken 2,00 gegenüber 1,98 Mk. in 1913. Von den drei staatlichen Braunkohlenbergwerken wurden die Werke in Eggersdorf und Löbberburg durch den Krieg ungenügend beeinflusst, während das Werk in Tollwitz der Saline Dürrenberg, deren Abjaß durch Heereslieferungen eine Steigerung erfuhr, größere Mengen Kohlen liefern konnte.

Dem staatlichen Erzbergbau gelang es, wie eingangs erwähnt, die allgemeinen Förderungs- und Abjaßrückgänge bei Ausbruch des Krieges zu überwinden. So konnte namentlich im Oberbergbau die Hoherzeugung auch nach der Kriegserklärung in vollem Umfang aufrecht erhalten werden. Die bis ein Drittel der Belegschaften betragenden Einberufungen zum Heeresdienst wurden nach Möglichkeit durch Einstellung von in anderen Berufen arbeitslos gewordenen Leuten ersetzt. Die aus den Erzen hergestellten Schmelzgemengen überholten sogar den Voranschlag. Das Erzbergwerk am Nammelsberg im Unterberg erzielte gegenüber dem Vorjahre ein besonders günstiges wirtschaftliches Ergebnis, und zwar durch Vermehrung des Kupfererzabjaßes der Erzproduktion infolge Abbaues der besseren Kupfererze, deren Wert dadurch um 50 Prozent gesteigert werden konnte. Die gesamte Erzproduktion in Tonnen blieb gegenüber dem Vorjahre um 6,7 Prozent zurück. Daß in Oberschlesien die Heeresförderung der Friedrichsgrube gegenüber der Sollförderung erheblich zurückblieb, hat seinen Grund in den kriegerischen Wirren an der russischen Grenze.

Die staatlichen Hüttenbetriebe konnten nicht dieselben günstigen Ergebnisse erzielen wie die Erzbergwerke, und zwar hauptsächlich infolge der Einberufung der leistungsfähigsten Arbeiter, die nur zum geringen Teil zu ersetzen waren. Die staatlichen Eisenhütten wurden durch den Ausbruch des Krieges besonders schwer getroffen. Schon zu Beginn des Berichtsjahres lastete ein allgemeiner Druck auf dem deutschen Eisenmarkt. Unmittelbar nach der Kriegserklärung trat zunächst ein vollständiger Stillstand ein. Nach einiger Zeit richtete sich in den meisten der Werke auf die Herstellung von Kriegsmaterial ein.

Die staatliche Kalifalindustrie, die sich zu Beginn des Berichtsjahres günstig entwickelt hatte, erlitt durch den Ausbruch des Krieges eine erhebliche Schädigung. Auf den Werken zu Stakfurt und Weichersrode blieb die Förderung von Kalifalzen gegenüber dem Vorjahre um 207.000 T. gleich 34 Prozent zurück. Auf dem Kalifalzwerk in Wienenburg sank sie sogar um über die Hälfte, nämlich 121.000 T. in 1914 gegenüber 227.000 T. in 1913. Trotz der schlechten Lage auf dem Kalifalmarkt kamen im Berichtsjahre 18 neue Werke (!!) hinzu, so daß wiederum eine Verminderung der Produktionsziffer erfolgte. So betrug die Produktionsziffer des Kalifalzbergwerks in Wienenburg 18.70 Tausend gegen 20,55 zu Anfang des Jahres.

Auch die staatlichen Salinen hatten im allgemeinen unter den Einwirkungen des Krieges zu leiden. Nur die beiden Salinen in Dürrenberg und Vötern nebst dem Salzwerk in Erfurt konnten insofern größeren Bedarfes und durch Heereslieferungen ein gegen den Etat und die Vorjahrserzeugung günstiges Ergebnis erzielen.

Am stärksten von allen staatlichen Werken wurden die Bernsteinwerke in Königsberg in Mitleidenschaft gezogen. Nach der Kriegserklärung trat ein vollständiger Stillstand in dem bisher sehr günstigen Abjaß und im eigentlichen Betriebe ein. Zu den Aushebungen zum Heeresdienste trat die Heranziehung der arbeitsfähigen Männer zu Beschäftigungsarbeiten für die Dauer von mehreren Wochen. Während dieser Zeit wurde der Betrieb vollständig stillgelegt. Weitere Betriebsstörungen wurden durch die sich wiederholenden Spernungen der Eisenbahnen in Ostpreußen hervorgerufen. Aus allen diesen Gründen ging die Gesamtproduktion im Berichtsjahre um über die Hälfte zurück. Die Belegschaft in der Grube wies am Anfang des Jahres 308, am Schluß nur noch 92 Mann auf.

Auch das Gesamtergebnis des Müderdorscher Kalksteinbruchs war ungenügend, da die schon seit mehreren Jahren schlechte Lage des Baumarktes durch den Ausbruch des Krieges weiter litt.

Soweit der Bericht selbst. Auf die Förderung pro Arbeiter, Zahl der Schichten und die Entlohnung kommen wir noch besonders zu sprechen. Wir erfahren auch aus dem fiskalischen Verwaltungsbericht, daß die Werke in den Grenzgebieten ganz besonders stark unter dem Kriegsdruk zu leiden hatten. Wie wäre es erst geworden, wenn die feindlichen Heeresmassen unsere Industriebezirke an der Grenze in Ost und West überfluteten, oder gar noch weiter in Deutschland eingedrungen wären? Von diesem Gesichtspunkt haben die Gewerkschaften die Kriegsergebnisse zu beurteilen und da ist unsere Stellung für die Landesverteidigung, ganz gleich wie wir dem Krieg an sich gegenübersehen — wir verabschauen ihn als einen furchtbaren Zerstörungszustand! — als vornherein klar.

Da die bedeutendsten preussisch-fiskalischen Werke in den Grenzgebieten liegen, hatten sie besonders stark zu leiden und ist darum ihr Betriebsergebnis nicht als ein Maßstab für die allgemeine Lage der Bergwerks- und Hüttenindustrie zu benutzen. Außerdem hat sich im weiteren Verlauf des Krieges auch die Lage der Staatswerke finanziell sehr gebessert.

Ein statistischer Vergleich der Hauptförderung der Staatswerke, der Weiterverarbeitung der hauptsächlichsten Bergwerkserzeugnisse und des Wertes der Förderung und der aufbereiteten bzw. weiterverarbeiteten Bergwerkserzeugnisse ergibt folgendes Bild:

Jahr	Steinkohlenförderung Tonnen	Braunkohlenförderung Tonnen	Eisenerze Tonnen	Andere Erze Tonnen	Kalifalze Tonnen	Wert der gesamten	
						Förderung	weiterverarbeiteten Erzeugnisse (inkl. Salinen) Mark
1914	18 438 478	279 131	59 818	101 102	529 298		
1913	25 174 407	358 019	86 084	113 672	905 326		
1912	23 354 079	326 932	91 326	100 039	910 351		
1911	20 710 503	326 468	99 200	107 490	769 740		
						Wert der gesamten weiterverarbeiteten Erzeugnisse (inkl. Salinen) Mark	
1914	1 762 217	67 509	232 390 924		76 300 367		
1913	2 064 955	98 775	316 451 433		98 539 013		
1912	1 502 489	103 430	285 965 923		51 828 612		
1911	971 159	83 442	274 342 401		63 202 187		

In Betrieb waren auch 1914 (wie vorjährig) 60 Werke, davon 23 Steinkohlen-, 3 Braunkohlen-, 7 Erz-, 3 Kalifalzwerke; ferner 1 Bernsteinwerk, 3 Steinbrüche, 7 Salinen, 4 Eisen-, 4 Metallhütten, 4 Badeanstalten und 1 Bohrunternehmung. Die Gesamtzahl der Arbeiter belief sich auf 88 157, das sind 21 634 weniger als im Jahre 1913.

Nachstehende Uebersicht unterrichtet über die nachgewiesenen Einnahmen, Ausgaben und Ueberschüsse. Die nun übliche Bilanzanstellung ist erst von 1912 an vergleichbar durchgeführt. Es haben betragen die

Jahr	Ordentlichen Einnahmen Mk.	Ordentlichen Ausgaben Mk.	Betriebsüberschüsse Mk.	Extraneinnahmen Mk.	Extrargaben Mk.
1914	289 185 242	284 930 102	24 855 040	114 981	23 079 098
1913	388 085 840	328 079 157	57 106 682	285 842	22 058 274
1912	334 757 086	284 265 840	50 491 217	475 495	19 481 818

Wie man sieht, ist auch das Jahr 1914 nicht überschüsslos gewesen, allerdings war aus den vorher angegebenen Gründen der Betriebsüberschuss ganz bedeutend geringer als in den freilich sehr guten Vorjahren. Trotzdem sind 1914 noch bald 2 Millionen Mark mehr für „außerordentliche Ausgabe“ als vorjährig veranschlagt. Hieron sind 21,19 Millionen Mark für den Ausbau der Steinkohlenwerke in Oberschlesien (Kunrow allein 4 000 115 Mk.), in Westfalen (über 4 1/2 Millionen Mk. für Gladbeck, Duer und Zwickel) und im Saargebiet (v. d. Höhe 1 825 138, König 1 067 112 Mk. usw.) veranschlagt, also für Verbesserung und Erweiterung des Werkstoffes.

Die fiskalische Verwaltung gibt seit drei Jahren zwei Ueberschussberechnungen. Einmal wird der „bilanzimäßige Reingewinn“ angegeben, der die Werte des Anlagekapitals ausweist; sodann wird der „rechnungsmäßige Reingewinn“ angegeben, der nur noch die Verabfolgung an die Staatskasse nach Abzug der Ausgaben für die Zentralverwaltung (Berlin), Oberbergämter, Bergakademien, Geologische Landesanstalt usw., ferner für die Zinsen- und Schuldentilgungsbeträge darstellt. Die Rechnungen stellen sich wie folgt:

Jahr	Anlagemäßiger Reingewinn		Rechnungsmäßiger Reingewinn
	Mk.	Proz. v. Anlagekapital	
1914	14 784 069	8	990 908
1913	54 634 399	11,8	35 339 260
1912	46 172 037	10,8	40 765 642
1911	23 390 180	5,9	29 822 911

An den Zentralfonds und für Zinsen und Schuldentilgung wurden 1913: 10 407 114, 1914 aber 12 707 372 Mk. von dem Betriebsüberschuss abgeführt. Wieder ein Mehr von über 2 Millionen Mark, um welchen Betrag natürlich der rechnungsmäßige Reingewinn verringert wurde, wie schon durch die Mehrausgabe von fast 2 Millionen Mark von den Ueberschüssen für Neu- und Erweiterungsbauten. Würden diese beiden Posten Mehrausgaben nicht existieren, so hätte sich der rechnungsmäßige Ueberschuss pro 1914 auf circa 5 Millionen Mark gestellt. Keine angemessene Menge des Anlagekapitals, aber es handelt sich eben um das Kriegsjahr mit den bedeutendsten Betriebsstörungen.

Die fiskalische Bergwerksverwaltung hat sich in anerkannter Weise in der Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer betätigt. In dem Bericht heißt es: „Den Angehörigen „der zu den Fahnen einberufenen Arbeiter“... ist „nach Maßgabe des Bedürfnisses“ der Lohn fortgewährt und zwar erhält

- a) die Ehefrau bis zu höchstens 25 Prozent des Lohnes,
- b) jedes eheliche oder dem ehelichen geschlecht gleichstehende Kind unter 15 Jahren bis höchstens 6 Prozent des Lohnes

und zwar derart, daß einer Familie zusammen bis höchstens 50 Prozent (Hälfte) des Lohnes als Unterstützung gezahlt wird. Die Bedürftigkeit wird wohl bei so gut wie allen Arbeiterfamilien anerkannt werden müssen. „Bis zur Hälfte (50 Proz.) des Lohnes bedeutet, daß, legen wir den Durchschnittslohn für alle Arbeiterklassen pro 1914 zugrunde, z. B. im Saargebiet bis zu 2,18, in Westfalen 2,58, in Oberschlesien 1,79 Mk. tägliche Familienunterstützung aus den Mitteln der fiskal. Bergwerksverwaltung. Ausreichend ist das natürlich längst nicht bei den enorm hohen Lebensmittelpreisen, aber es ist doch eine annehmbare Beihilfe. Für diese Familienunterstützung hat die Bergwerksverwaltung bereits aus außerordentlichen Mitteln im Jahre 1914 schon 5.433 Millionen, im ersten Halbjahr 1915 weitere 3.713 Millionen Mark, zusammen also rund 9 146 000 Mark aufgewendet. Das ist anerkannter Wert und wir wünschen nur, alle Privatwerke möchten sich daran ein nachahmenswertes Beispiel nehmen.“

Die Arbeiterfrage nach dem Kriege!

So betitelt sich eine Broschüre von J. S. Schüb, Druck der Kölner Verlags-Anstalt und -Druckerei, U.-G. — in späteren Auflagen, die bei Sehl & Ludwig, Düsseldorf 22, gedruckt sind, nennt sich der Verfasser Professor J. S. Schüb, Prälat — die sich, gelinde gesagt, nur durch Oberflächlichkeit, Gedankenlosigkeit und Unwissenheit in sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fragen auszeichnet und weder den Arbeitern noch dem Burgfrieden dienlich ist. Diese Broschüre wird den Arbeitern teils aus den Werken, teils durch die Post von Köln aus zugestellt. Die Adressen sind also jedenfalls von den Werken geliefert und das läßt schon tief blicken. Selbst die Verbandszeilung der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine, die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ (Nr. 6) schließt das Nachwort wie folgt ab:

„Achtung! In den Blättern der gelben Werkvereine süb- und westdeutscher Färbung wird, zurzeit im Schriftchen über den grünen Alee gelobt und empfohlen, das die Lösung der „Arbeiterfrage nach dem Kriege“ gefunden haben will. (Herausgeber J. S. Schüb.) Während der „Werkverein“ der Kruppischen Gelben den wissenschaftlichen Charakter des Verfassers heraushebt, indem er ihn „Professor“ nennt, bemüht sich die Augsburger „Wehr“ das kirchliche Amt des Verfassers besonders herauszufechten. Da es nicht ausgeschlossen erscheint, daß das Schriftchen in Verkennung dessen wahren Abichtes als „christliche Lösung des Arbeiterproblems“ herumgereicht und ahnungslos verbreitet wird, sei hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß es sich um eine Propagandaschrift der gelben Werkvereine handelt. Da nach weiß man in Kreisen der christlich organisierten Arbeiter-Verbind. Ein Eingehen auf das Gemischel von Irrtum, Spießhütten und...“

Wenn ein katholischer Blatt einen katholischen Geistlichen so ab-
schüßeln muß, so spricht das für sich, wir brauchen dem nichts hin-
zugucken.

Der 'Bergknäpp' (Nr. 2 von 1918) bemerkt dazu u. a.:
Der Inhalt der Schrift ist ein unklarer Durcheinander von
Wahrheit und Falschheit. Sie predigt Verdrängung und Einigkeit
zwischen den Arbeitern und Arbeitgeber und soll offensichtlich unter
den Arbeitern Verwirrung schaffen, der selbständigen Arbeiterbewegung
schaden und der gelben Bewegung nützen. Das Schriftchen wurde
in Gelsenkirchen in der Bibliothek und Marxenschule
gratis an alle Schulkinder verteilt. Einige Jugendverbände
wollen sie, wie uns mitgeteilt wurde, ebenfalls umsonst an ihre Mit-
glieder abgeben.

Wir machen unsere Kameraden auf die Tatsachen aufmerksam.
Die vorwärtsstrebenden Arbeiter. Wir sind nicht zufrieden, daß auf die
gelbeschriebene Weise den unangenehmsten Arbeitern die Köpfe ver-
nebelt werden. Wir müssen gegen den Mißbrauch der Schulen für
solche Zwecke entschiedenen Protest erheben. Auch unter dem Burgfrieden
sollen wir verlässliche Verhältnisse nicht.

Ganz unsere Meinung! Der 'Bergknäpp' wendet sich dann gegen
ein zweites Schriftchen des gleichen Verfassers, betitelt: 'Auf
Deutschlands Kindern beruht Deutschlands Zu-
kunft', welches ebenfalls in den Schulen verbreitet wurde und
bemerkt dazu: 'Ein Jovod ist die Ermahnung und Erziehung der
Kinder zur Patriebeliebt. Auch hier ist Wahrheit mit Falschheit
vermischt, und ist manches Wichtige verzeßert worden. Mit Ermahnungen
zur Patriebeliebt ist nicht dauernd zufriedene Menschen
schaffen. Wichtig ist nicht wie sie ist die Schaffung wirklich zufriedener
Menschen, damit die denkenden Menschen auch zufriedener
sind.'
Auch das können wir unterschreiben!

Uns Kameraden treffen ist uns die Broschüre vielfach mit Hand-
bemerktungen zugestellt worden, die für den Verfasser nicht schmeichel-
haft sind. So schreibt uns z. B. ein Kamerad aus dem Nachener Gebiet:
Vergangenen Monat wurde mir von einem unbekanntem Arbeiter:
Hoffmeister, eine Broschüre zugesandt, betitelt: 'Die Arbeiter-
frage nach dem Kriege. Worte der Ermunterung und der Verdrängung
zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Herausgegeben von
Professor N. S. Schül, Prälats.' Später erfuhr ich, daß diese Schrift
vielen Belegten des Schweißler Bergwerksvereins zugesandt wurde
und daß die Absichten von Belegten unter der Hand gesammelt
worden sind. Der Schweißler Bergwerksverein hat bisher jede Ge-
meinlichkeit mit den Arbeiterorganisationen abgelehnt. Die Broschüre
brachte lebhaft Diskussionen in Kameradentreffen, so daß ich einiges
dazu sagen möchte.

Prälats Schül will, wie er im Vorwort sagt, weder Systeme emp-
fehlen, noch sich anmaßen, den Organisationen Direktiven zu erteilen.
Es soll nur 'ein gültiges Jureben' an jeden Beteiligten sein. Den
Segen Gottes gibt er seiner Broschüre zum Geleit. Ueberhaupt wird
ein großer Teil dazu verwendet, um recht viel für die Religion des
Verfassers aus diesem Kriege herauszuschöpfen. Wie er das 'gültige
Jureben' anstellt, findet man gleich im Anfang der Schrift. Es ist
von der gegenseitigen Kampfesweise die Rede und es heißt dann:
'Es mag zugegeben werden, daß auf Seiten der Arbeitgeber manch-
mal das Verständnis über der Wille zum Verständnis für die Situation
des anderen Teils fehlt; aber dieses Verständnis wurde außerordent-
lich erschwert, sobald die Organisationen der Arbeitnehmer in die
Verhandlungen hineingekommen. Man stand oft wie vor einer Mauer
und konnte sich die Stellungnahme der Organisationsvertreter schließ-
lich nur aus Notizen erklären, die nicht ganz frei von Eigennutz
waren. Man kam immer mehr zu der Ueberzeugung, daß diese Or-
ganisationsvertreter den Reil trübten, um die Existenzberechtigung der
Organisationen und damit ihrer eigenen Position zu bewahren.'

Wie 'gütlich' und 'burgfriedlich' der Herr Professor und Prälats
doch zureben kann! Gewiß, zuerst den Führern an den Fragen, denn:
'Es müssen Männer an die Spitze der Organisationen, die diese Leit-
fäden vertreten, nämlich: Nichts auf Kosten der gerechten Ansprüche
der Gegenseite erstreben.' Nach Ansicht des Professors ist es vater-
ländische Pflicht der Unternehmer, Mißentkapitalien auszusuchen, weil
wie diese nach dem Kriege zum Aufbau der Industrie brauchen; eben-
falls Pflicht der Arbeiter, bescheiden sein im Fordern. 'Für jeden,
der nur einigermaßen zu denken versteht, ist es klar, daß jetzt Maß-
halten im Fordern und Bewilligen der Weisheit höchster Salsus sein
muß.' Eine andere Stelle lautet: 'Es ist ein wirtschaftlicher Unsin,
zu fordern, daß diese Verdienste (Meinung) auf die Arbeiterelöhne
sich alsbald restlos verteilen müßten.' — Der Dummste begreift,
warum der Schweißler Bergwerksverein die Schrift seinen Arbeitern
vermittelt. — Die Arbeiter haben kein Verständnis dafür, daß die
durch ihren Fleiß geschaffenen Werte in die Hände einzelner Menschen
übergehen, um selbst Not zu leiden. Sie verstehen nicht, daß sie sich
beständig behaupten lassen sollen, damit der andere Teil Meingewinn
sammelt. Prälats Schül spricht auch davon, aber: 'Uebertriebene Vor-
stellungen darf man sich hierüber aber keineswegs machen.' So
schreibt er: 'Gewiß, für die Arbeiter bricht der Verfasser auch eine
Lange: 'Ehre jeder Hand voll Schwitzen' usw. Auch das sagt er:
'Der Arbeiter, der mit seinem Leben und seinem Blute Vaterland
und Industrie beschützt hat, der Mann im Schmuck des Eisernen
Kreuzes und der Kriegsmedaille, ist eine ebenso ehrwürdige und ach-
tunggebietende Erscheinung. Das sind Gelder, die jeder Kommerzien-
rat mit stolzigem Brust seinen Kindern und Enkeln zur Nach-
ererbung vorstellt.' Aber: 'Auf der Gegenseite: Der Großindustrielle,
der Direktor, der Meister, die im feindlichen Kugelregen ihren Ar-
beitern vorangingen, oder die ungezählte Summen zur Anwerbung der
Wunden hergaben, die ihre Willen in Lagerteile verarbeiteten... —
Ich meine, daß auch die Arbeiter tun, was in ihren Kräften steht.
Ungezählte Summen und Willen besitzen die Arbeiter nicht. Aber auch
noch weit mehr haben die anderen geleistet: 'Der Kapitalismus'
hat in diesem Kriege sich doch von einer ganz anderen Seite gezeigt,
als man die Broschüre im Kriege ausgemacht; die 'Schloßbarone', die
Kommerzienräte, die Adligen, die Fürsten und ihre Söhne waren in
Not und Tod der grimmigen Schlachten die ersten auf dem Plane.
Meister noch: 'Während ihre Männer im Felde standen, war es vielen
Arbeiterfrauen vergönnt, in der Fabrik für Heresbedarfs zu arbeiten
und oft Löhne bis zu 8 Mark und mehr den Tag zu erzielen.' Die
Frauen bekommen dann nach dem Tag, nach dem Kriege, 'aus Sucht,
reich zu werden', nicht etwa weiter arbeiten zu wollen, sie sollen
zurück zur Hauswirtschaft, andernfalls gibt es schlechte Heiratsausichten
für sie. Obwohl Prälats Schül in seiner Broschüre auch von Klassen-
organisationen (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände) spricht, sind
einige Seiten weiter Klaffungen nur 'des Geschwätz'. Klassen,
also Unterschiebe, gibt es; Klaffungen schiebe ist des Geschwätz. Wenn
es keine Gegenseite gibt, warum schreibt Prälats Schül 20 Seiten voll
— gültigen Jurebens? Man muß eben — Professor sein, um das
zu verstehen.

Die Schätze der Kohle.

II. (Schluß)
Um aber von den sogenannten Zwischenprodukten des Teers, dem
Benzol, der Karbolsäure, dem Naphthalin und Anthrazen zu den
eigenlichen Teerfarben zu gelangen, mit denen Deutschland bis zum
Kriegsbeginn den Weltmarkt beherrschte, mußte noch ein weiter Weg
zurückgelegt werden, reich an geistigen Mühen und technisch-wissen-
schaftlicher Arbeit. Wohl waren es Engländer und Franzosen, die
die ersten Teerfarben aus dem Benzol herauszogen; Berlin, ein
Schüler Hofmanns in England, fand in Mauer ein Violet und
Benzol aus Ihon im Juchsin ein schönes Rot. Aber diese Ent-
deckungen waren mehr Zufall, Produkte eines herumtastenden Pro-
zessens, dem es mehr darauf ankam, durch allerlei Mischungen emp-
irisch einen Stoff zu finden, mit welchem man recht viel Geld
verdienen konnte, als systematisch und gründlich die innere Zusammen-
setzung der alten bekannten Farbstoffe zu erforschen. Diese stille und
zähe Gelehrtenarbeit war erst auf deutschem Boden und in staatlich
unterstützten Laboratorien möglich, nachdem vor allem der Bonner
Chemiker, Kekulé den wahren Aufbau des Benzols, seine sogenannte
molekulare Struktur ergründet hatte. Erst im Anschluß an Kekulé's
Arbeiten begann jene glänzende Entwicklung der deutschen Farben-
chemie, die den Ruhm deutscher Wissenschaft in der Welt verbreitete.
Es ist nicht unsere Absicht, diese Entwicklung im einzelnen zu
schildern und die genaue Enttöherung der Farben zu geben. Nur so
viel sei hier noch erwähnt, daß wir heute auf jedem Stoffe, sei es
Kohle, Baumwolle, Seide oder Papier, jede Nuance des Regenbogens
in tadelloser Schöheit und Unvergänglichkeit herstellen können. Wäh-
rend die aus dem Benzol gewonnenen alten Anilinfarben — sie
bilden mit einem bescheidenen Teil der Teerfarben — den Ansprüchen
auf Licht- und Wasserbeständigkeit nicht genügen konnten, wie denn
auch die mit Anilinfarben gemalten ehemals so glänzenden Gemälde
Maleris heute verblühen in den Besten der Bierer Galerie lagern,
sind die neuen indigoide und Alizarinfarben Muster der Schöheit
und Schönheit, die sogar die Naturprodukte noch übertreffen'. Etwa
70 Teerfarbenfabriken teilen sich in Deutschland in der Herstellung
dieser Farben, von denen die größte, die 1865 gegründete Badische
Anilin- und Sodafabrik an Ludwigshafen allein über 1000 Arbeiter
und Beamte beschäftigt. Der Schulker Kreolen, der Bes des Fürsten,
hat seine Farben- und der holländische Julettipps, die Seibengewänder der
Holländer, die Uniform des Marjalls und des gemeinen Soldaten,
die Kutte des Königs und der Purpur des Kardinals, der Hut des
Peters und die Schleppe der Königin, sie alle sind geschmückt, gezier-
und gefärbt durch die wunderbaren Stoffe, die aus der dunkeln toten
Kohle hervorgezogen, den Triump des regenbogenfarbigen Lebens
verkünden.' (Magel: Die Romantik der Chemie.)
Wie die Farbenpracht, so hat die deutsche Chemie auch die Wohl-
gerüche der zarten Kinder Floras aus den Steinkohlen wieder ans
Licht gebracht und eine Industrie der künstlichen Riechstoffe geschaffen,
deren Produktionswerte an 50 Millionen Mark betragen. Aus dem
Benzol isolierte sie den Duft des Jasmins, aus der Karbolsäure den
Geruch des Waldweilers, in dem Vanillin gab sie den Duft der eben-

erzeugung vorstellt. Aber: 'Auf der Gegenseite: Der Großindustrielle,
der Direktor, der Meister, die im feindlichen Kugelregen ihren Ar-
beitern vorangingen, oder die ungezählte Summen zur Anwerbung der
Wunden hergaben, die ihre Willen in Lagerteile verarbeiteten... —
Ich meine, daß auch die Arbeiter tun, was in ihren Kräften steht.
Ungezählte Summen und Willen besitzen die Arbeiter nicht. Aber auch
noch weit mehr haben die anderen geleistet: 'Der Kapitalismus'
hat in diesem Kriege sich doch von einer ganz anderen Seite gezeigt,
als man die Broschüre im Kriege ausgemacht; die 'Schloßbarone', die
Kommerzienräte, die Adligen, die Fürsten und ihre Söhne waren in
Not und Tod der grimmigen Schlachten die ersten auf dem Plane.
Meister noch: 'Während ihre Männer im Felde standen, war es vielen
Arbeiterfrauen vergönnt, in der Fabrik für Heresbedarfs zu arbeiten
und oft Löhne bis zu 8 Mark und mehr den Tag zu erzielen.' Die
Frauen bekommen dann nach dem Tag, nach dem Kriege, 'aus Sucht,
reich zu werden', nicht etwa weiter arbeiten zu wollen, sie sollen
zurück zur Hauswirtschaft, andernfalls gibt es schlechte Heiratsausichten
für sie. Obwohl Prälats Schül in seiner Broschüre auch von Klassen-
organisationen (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände) spricht, sind
einige Seiten weiter Klaffungen nur 'des Geschwätz'. Klassen,
also Unterschiebe, gibt es; Klaffungen schiebe ist des Geschwätz. Wenn
es keine Gegenseite gibt, warum schreibt Prälats Schül 20 Seiten voll
— gültigen Jurebens? Man muß eben — Professor sein, um das
zu verstehen.

So soll es gemacht werden: 'Es muß etwas mehr Wärme und
Liebe in die Arbeitsstätten, in die Fabriken, in die Anlagen. Vom
Frühling bis zum Herbst, bis zur nächsten Arbeitstunde muß ein
warmer Hauch edler Würdigung, gegenseitiger Wertschätzung wehen!'
Freilich, solche Worte allein oder eine Zigarre gelegentlich tun es
nicht, wohl aber liebevolle Anteilnahme, soziale Fürsorge im Kleinen
aber im Großen. Es ist zu machen: In einem früheren 'großen Werk'
des Verfassers, 'Praktische Sozialpolitik', ba stets nachgelesen. —
Man sollte meinen, daß der gute Mann etwas zu spät auf die Welt
gekommen ist. Früher, in der Zeit der Rüstung, wäre der Vorschlag
vielleicht praktisch gewesen. Heute? Ich arbeite schon jahrelang auf
den Gruben des Schweißler Bergwerksvereins, habe aber meine Arbeit-
geber noch gar nicht gesehen, kenne sie gar nicht. Der Direktor und
sein Stab beherrschen den Betrieb. Der untergeordnete Beamte wird
vom Vorgesetzten angetrieben und jeder trachtet danach, seine Wichtig-
keit zu beweisen. Die unterste Stufe ist der Arbeiter und muß für
die Lichtheit der anderen herhalten. Das haben wir Arbeiter in
den letzten Jahren gegenseitig der Vornamenstellung zu spüren
bekommen. Monat für Monat steht einem der Gedingelamp vor
Lagen. Die Gedingebeschlüsse bringen bittere Tage. Welche Kämpfe
dabei zwischen Beamten und Arbeitern ausgedient werden, läßt sich
nicht beschreiben. Die Drohung: 'Dann arbeiten Sie zum ortsbü-
rgerlichen Tagelohn', habe ich oft genug hören müssen. Mein Ideal ist
ein glückliches Heim, ein kleines Häuschen (braucht gar nicht mein
eigen zu sein) mit einem kleinen Gärtchen, denn ich meine Sorgfalt
widmen kann. Ein glückliches Heim habe ich, Gott sei dank. Aber
das andere? Weiß ich, ob ich morgen noch hier bin, ob nicht der
Geduldsschmerz beim nächsten Zusammenstoß mit den Beamten reißt
und ich meine Sachen packen kann? Niemand wird bestreiten, daß
es auch Arbeitgeber gibt, die soziales Verständnis haben, aber wenn
die Gegenseite gebessert werden sollen — und das erhofft jeder Ar-
beiter —, so geschieht das nicht durch fromme Sprüche, sondern
durch Anerkennung der Arbeiterorganisation durch die Arbeitgeber und
gegenseitige Beratungen. Wunderschöne Wort wäre dann unnötig.
Merkwürdig, daß Prälats Schül in der Hauptsache für die Not-
wendigkeit der Miesenerbungen eintritt. Arbeiter, sei brav, dann
kriegt du auch ein Hoppepförchen; das ist der Ton, den er für die
Arbeitler hat. 'Nicht jeder Mensch kann Kommerzienrat oder Millionär
werden. Es würden sich die meisten sogar totschütten dabei fähig,
denn die göttliche Weisheit hat gar tiefen Sinn angeordnet...' Ich
meine Person bin mit dem, mir durch hohen Weisheitspruch zu-
erkannter Arbeiterlos zufrieden. Umzubringen bin ich aber mit dem
System, welches unsere Wirtschaftsordnung beherrscht. So ein
'Großer' möchte ich auch nicht werden am allerwenigsten aber möchte
ich so ein Professor, wie Herr Schül einer ist, werden, denn dann
würde ich wirklich totschütten sein. Würde aber Professor Schül,
statt Linte zu vergießen, dazu verurteilt sein, gleich mir die Hände
zu schwingen, dann würde er, statt zur Mottenfängerfalle, zur Hofe-
von Veritas greifen, die gelassen wurde, als die Mauern einstiegen.
Prälats Schül, der sich als 'ein für die Armen sich aufopfernder Bräuter'
herausgibt, weiß nichts von dem G. und ungezahlter Arbeiter-
familien, die nicht einmal das Notwendigste besitzen. Kein Wort
sagt er davon in seiner Schrift. Mag er bekommen, ich will ihn in
Arbeiterwohnungen führen, wo aus allen Winkeln Not und Entbehrung
ersehen. Und wenn er ein Herz im Leibe hat, dann dürfte es ihm
ergehen wie jener Professorentrat in Aßeln — berichtete die 'Athen.
Zeitung' —, die ungläubig der geschilderten Not, sich von einer Ar-
beiterfrau in Arbeiterquartiere führen ließ und schon bei einigen
Reisenden, unter Tränen in den Augen, hat, ihr die weiteren Glend-
bilder zu ersparen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.
Ein 100-Millionen-Gesamt an badische Landwirte.

Ein Produkt häuerlicher Profitgucht und der Bemühung, die
Kriegsfinanzierung gehörig auszunutzen, lag einem Zentrumsantrag
Vanille, in dem Jona den des bescheidenen Reichens; jüger wir
noch das flüchtige Terpincol aus dem Terpentinöl, das liebliche
Heliotropin und das köstliche künstliche Rosenöl hinzu, so erhalten wir
einen Begriff von der Fülle der Wohlgerüche, welche die deutsche
Riechstoffindustrie aus den unansehnlichsten Rohstoffen erzeugt. Die
Namen der deutschen Professoren Niemann und Waldschmidt unauflös-
lich mit diesen Schöpfungen menschlichen Schaffens verknüpft.
Entsprechend sanken auch die Preise dieser Riechstoffe; 1 Kilo Vanillin
kostete als natürliches Produkt noch 7000 Mk., als gleichwertiges künst-
liches nur noch 20 Mk.; Kumin und Heliotropin, die früher das
Kilo 500 und 3000 Mk. kosteten, werden heute als Kunstprodukt zu
25 Mk. und 10 Mk. das Kilo verkauft. Kein Wunder ist es, daß
angeichts einer solchen Umwertung aller Werte, wie sie die Retorte
des deutschen Chemikers herbeiführte, das allein auf die natürlichen
Schätze eines Bodens angewiesene Ausland nicht mifkonnte und
widerwillig die deutsche Vorkerschast auf dem Weltmarkt wie bei
den Farben so auch bei den Riechstoffen anerkennen mußte.
Noch härter empfanden unsere Gegner die deutsche Weltbeherr-
schung auf einem dritten Gebiete, dem der Seil- und Arzneimittel,
die in einem Kriege von größter Wichtigkeit sind. Wenn in dem eng-
lischen Unterhause der Präsident des Handelsamtes erklärte, daß in
seiner Industrie die kriegerischen Maßnahmen von seinen Deutschlands
England härter getroffen hätten als in der Farbenindustrie, und daß
die englische Regierung bereit sei, 40 Millionen Mark zur Gründung
einer britischen Farbstoffgesellschaft zu bewilligen, wenn Rußland zu
dem gleichen Zweck ein Kapital von 6 Millionen Rubel auswirft
und Italien zurzeit eine Parlamentskommission eingesetzt hat, um
sich 'von der deutschen Chemie zu befreien', so ist es nicht so sehr
der Mangel an Farben als der an Arzneimittel, die alle diese feind-
lichen Regierungen zu solchen Maßnahmen zwingt. Dabei sind es
gerade diejenigen Medikamente, welche die deutsche Chemie aus dem
Steinkohlenteer herausholt, um die das Ausland jammert; wir nennen
hier nur die Salicylsäure und ihre Verwandten, das Saliprin,
Aspirin und Salol, die Fiebermittel Antiphrin und Pyramidon, Anti-
febrin und Phenacetin, die sich bei der Unterjüngung der Wirkungen
des Naphthalins auf den menschlichen Organismus ergaben. Aber
nicht nur die nagernden Schmerzen und das zehrende Fieber des
Leidenden können wir mit den Heilstoffen, die in der schwarzen Kohle
sich sammeln; auch die lüchlichen kleineren Lebewesen, die die eigentliche
Ursache der Krankheiten sind, tötet die deutsche Chemie mit den Heil-
kräften einer längst vergangenen Pflanzenwelt. Wir nennen hier nur
das Atropin, eine Anilinderivierung der Arsenikure und vor allem das
Christliche Salvarian, dessen schöner chemischer Name: Diamino-
diazarbenzol schon zur Genüge seine Herkunft vom Benzol an-
deutet. Ein anderes interessantes Heilmittel ist das Atrolin, das
in unserem Körper von der Nierenrinne bereitet und zur Regelung
des Blutdruckes verhandelt wird; man braucht bis vor kurzem zur
Herstellung eines Kilos die Nierenrinne von nicht weniger als 40000
Häsen, bis es im Jahre 1904 dem Chemiker der holländischen
Dr. Stolz, gelang, dieses für den Chirurgen so wichtige Heilmittel
seiner Operationen künstlich aus Bestandteilen des Steinkohlenteers
herzustellen und unter dem Namen Suprarenin in den Handel zu
bringen. Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, welche Rolle
die Produkte des Steinkohlenteers in der Medizin spielen und wie
hilflos unsere Ärzte wären, wenn sie plötzlich — gleich dem feind-
lichen Ausland — auf diese Schätze der Kohle verzichten müßten.

zugrunde, der den badischen Landtag in mehreren Sitzungen beschä-
tigte und heftige Debatten auslöste. Der Abg. Behner forderte
von der Regierung, sie möge dafür sorgen, daß den Erzeugern von
Weizen, Spelz, Roggen, Hafer, Braugerste und Futtergerste, welche
ihre Erzeugnisse vor dem Ankaufstreiten der Preisereignungen
veräußert haben, die Preiserröngungen aus öffentlichen Mitteln sa-
gahli werden.'
In der Begründung dieses ungeheuerlichen Antrages wurde kurz
und bündig erklärt, daß diejenigen Landwirte im Nachteil seien, welche
ihre Getreide, dem Wunsche der Regierung entsprechend, frühzeitig
an die Kommunalverbände abgeliefert hätten. Die Preisdifferenz
zwischen damals und jetzt müsse ihnen ersetzt werden.

Energisch wehrten sich dagegen die anderen Parteien. Sie wandten
ein, daß die seinerzeit den Landwirten gezahlten Preise bei der Ab-
lieferung an die Kommunalverbände schon ausreichend genug ge-
wesen seien. Wollte man jetzt Zuschläge geben, dann erliefen man
Prämien jenen zu, welche Getreide bei der Bestandsberhebung unter-
schlagen hätten, und der Erfolg wäre schließlich der, daß man die in-
direkten Steuerer der Lebensmittelerzeugung noch staatlich subventio-
nierte. Auch der Wirkung des Antrages wurde gedacht. Seine Durch-
führung erfordere, was später der Minister auch bestätigte, zunächst
allein schon 100 Millionen Mark. Rechne man die Minderwirkung der
Zuschläge bei Getreide und Kartoffeln zusammen, so entfielen dem
Staate ein Mehraufwand von 250 Millionen Mark. Was würde
außerdem die läßtliche Bevölkerung dazu sagen, wenn die Landwirt-
schaft auf ihre Kosten solche Gewinne einheimen könne und in den
Städten man nicht wisse, wie man der Lebensmittelerzeugung begegnen
sollte? Nicht nur die Arbeiter, sondern auch weite Kreise des Bürger-
tums seien unzufrieden darüber, daß die Landwirte nie genug be-
kommen könnten.

Der Minister des Innern konnte die von den Gegnern
des Zentrumsantrages erhobenen Bedenken nicht von der Hand
weisen; er erklärte zunächst, daß nach einer aufgestellten Rechnung
die Nachzahlung an die in Betracht kommenden Landwirte volle 100
Millionen Mark erfordere. Der badische Staat könne
diesen Betrag nicht aufbringen. Ob ihn das Reich
übernehme, sei zurzeit nicht zu beurteilen. Einen Gegenjah zwischen
dem 'patriotischen Süden' und dem 'unpatriotischen Norden' zu
machen, wie dies ein Abgeordneter getan habe, sei nicht richtig, denn
auch in Baden habe man die Bestände nicht überall richtig abgegeben
und sie nicht überall frühzeitig genug abgeliefert. Würde der Zen-
trumsantrag angenommen, dürfte vor allem eine Belastung der Ver-
braucher nicht eintreten.

Da die Zusammenlegung des badischen Landtages (Zentrum 20,
Konervative 6, Nationalliberale 20, Sozialdemokratie 18, Fort-
schrittler 6 Abgeordnete) eine große Mehrheit sicher, würde der
Antrag Behner mit Stimmmehrheit angenommen. Ihn über
die Regierung stat, dann ist dies die made staatliche Prämierung
des Lebensmittelerzeugers, mit das Fülle, was auf diesem an Unge-
rechtigkeiten so reichem Gebiete jemals erfolgt ist.

900 000 Zentner Brotgetreide vergebend!

In der Reichstagsitzung vom 14. Januar 1918 sprach namens der
sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Abg. Simon seine Enttöherung
darüber aus, daß auch im Jahre 1918/19 der Konsumsprituszentrale
45 000 Tonnen Roggen zum Brennen von Kornbrenntwein zur Ver-
fügung gestellt worden sind. Vom Regierungssitz erwiderte Unter-
staatssekretär Dr. Michoels:

Es ist richtig, daß wir den Kornbrennereien 45 000 Tonnen
Getreide zugewiesen haben... Mit den Kornbrennereien haben wir
es wie mit den Brauereien gehalten. Wenn es nach mir gegangen
wäre, dann hätten die Kornbrennereien nichts bekommen. (Lach)
Aber welcher Willen mag es also wohl gegangen sein? (L. Mich.) Aber
schließlich entschied man (?) sich, den Brauereien die gleiche Menge
im Verhältnis wie den Brauereien zuzugewiesen. Dabei war mit
ausgesprochen, daß diese Brauereien vielfach landwirtschaftliche
Nebenbetriebe sind, die in der Schlempe ein wertvolles Futtermittel
gewinnen.

Die Entschuldigun der Regierung ist außerordentlich schwach.
900 000 Zentner Brotgetreide sind eine ungeheure Menge, viel mehr,
als wir rumänisches Getreide mit vielen Mühen und Kosten herbeif-
bekommen werden. 100 Güterzüge zu 45 Wagen wären nötig, diese
gewaltige Last fortzuschaffen. Die Wagen aneinandergereiht würden
eine Strecke von etwa 45 Kilometern ergeben. Man gegenwärtige
sich nun einmal eine solche ungeheure Wagenreihe, man denke sich
einmal aus, was das bedeutet, wenn man in ihrem zehntausendigen
Marsch an lauter mit Korn beladenen Eisenbahnwagen vorübergehen
müßte. Wie würden wir können über die unendlichen Mengen. Und
dann sage man sich: So viel Brotgetreide hat die Reichsgetreidebestelle
den Schnapsfabrikanten ausliefern müssen, und diese Menge fehlt uns
nun zum täglichen Brot. Darum müssen jetzt so und solche ihre
Zusatz-Produkte wieder hergeben.

Hätte man die 900 000 Zentner Roggen zu 82 Prozent ausge-
mahlen, so hätte das 720 000 Zentner Mehl gegeben und noch 170 000
Zentner Kleie als Futter fürs Vieh. Und das hätte sich gelohnt.
Jede Person bekommt höchstens 1200 Grammt Mehl oder die ent-
sprechende Drogenmenge. Die obige Mehlmenge würde also den Wochen-
bedarf decken für 20 275 000 Menschen, also fast für die Hälfte der Ein-
wohner des ganzen Deutschen Reiches ausreichen. Außerdem würde
die abfallende Kleie genügen, um mehr als 16 000 Schweine von

Wir können den Steinkohlenteer nicht verlassen, ohne zum Schluß
noch eines Stoffes zu gedenken, dessen künstliche Herstellung im großen
wir erst dem Kriege verdanken: des Raufschwafs.

Um die hohe wirt-
schaftliche Bedeutung dieses Problems zu erfassen, sei erwähnt, daß
der Gesamtwert des jährlich durch die Gewinnung des Milchsaftes
verschiedener tropischer Bäume erhaltenen Naturkaufschwafs die Mil-
liarde erreicht und daß Deutschland im Jahre 1911 noch 273 Millionen
Mark für eingeführten Raufschwafz — vorwiegend an England — be-
zahlte. Es ist begreiflich, daß ein solcher Stoff die Aufmerksamkeit
der Chemiker erregen mußte, aber erst nach vielen vergeblichen Ver-
suchen ist es im Jahre 1899 den Chemikern der Elberfelder Farben-
fabriken, Dr. F. Hofmann und Dr. U. Gontelle gelungen, ein brauch-
bares Verfahren für die Synthese zu finden; als Ausgangspunkt be-
nutzten sie eine benzolähnliche Flüssigkeit, das Nipren, das aus Ver-
standteilen des Teers am einfachsten hergestellt und durch bloßen Er-
hitzen in geschlossenen Gefäßen zum Raufschwafz umgewandelt werden
kann. Die Bedenken, ob dieses Kunstprodukt so billig herzustellen sei,
daß es den Kampf mit dem billigen Pflanzenkaufschwafz Beständens
aufnehmen könne, hat der Weltkrieg hinweggefegt; nach der her-
metischen Absperrung Deutschlands vom Naturkaufschwafz durch England
ist dieser Kunstkaufschwafz unsere voraussichtliche Rettung vor der
Gummimot.

Vom Steinkohlenteer werden wir uns jetzt zu den beiden anderen
Produkten der trockenen Destillation: dem Leuchtgas und dem Ammo-
niakwasser. Was das Gas anlangt, so sind keine ausgezeichneten
Eigenschaften als Heiz- und Beleuchtungsmittel in der Zeit der
Vorkriegsmot so allgemein bekannt, daß wir über diesen Schatz in
der Kohle keine Worte zu verlieren brauchen; die Pflicht jeder deutschen
Hausfrau lautet heute: Koch mit Gas. Wohl aber müssen wir unsere
Aufmerksamkeit noch dem flüchtigen riechenden Ammoniakwasser zu-
wenden, denn in ihm verbirgt sich ein Stoff, dessen Gewinnung heute
eine nationale Pflicht ist: das Ammoniak. Dieses Ammoniak ist eine
Verbindung zwischen den beiden Elementen Stickstoff und Wasserstoff
und kann durch Einleiten von Dampf und Kalmlin aus dem Ammo-
niakwasser leicht in Gasform ausgetrieben werden. In dem so er-
haltenen Ammoniakgas haben wir in veränderlicher Form die einwei-
gigste wieder vor uns, die die besunkene Pflanzenwelt des Stein-
kohlensandes vor Jahrmillionen erzeugt. Leitet man dieses Ammo-
niakgas in Schwefelsäure, so erhält man ein wichtiges Salz, das
johannannische schwefelsaure Ammoniak, aus welchem Düngemittel die
lebende Pflanze nun wieder rückwärts einweihstoffe herstellen kann.
Vor dem Kriege besaß allerdings das schwefelsaure Ammoniak der
Gasanstalten und Kolereien noch einen mächtigen Konkurrenten in
dem aus Chile eingeführten Salpeter, dessen Düngewert dem des
schwefelsauren Ammoniaks um etwa 10 Prozent übertrifft. Im Jahre
1913 wurden an Chilealpeter 774 000 Tonnen nach Deutschland ein-
geführt und dafür mehr als 170 Millionen Mark an das Ausland
gezahlt. Nachdem aber mit Kriegsbeginn uns die Salpeterzufuhr
ganz abgebrochen ist, sind wir gezwungen, unseren Stickstoffdünger, der
für die Erzielung reichlicher pflanzlicher Nahrungsmittel durchaus
unentbehrlich ist, im Lande selbst herzustellen. Daß wir das können,
und so den 'menschenfreundlichen' englischen Vorkriegsplan ver-
eiteln werden, verdanken wir neben dem ebenfalls mit Verwendung der
Kohle hergestellten Kalziumstickstoff vor allem dem Ammoniak in der Stein-
kohle, wobei diese Ammoniakherzeugung noch beträchtlich gesteigert wer-
den könnte, wenn wir alle Kohle erst verkokt würden statt einen

*) Auch das unansehnliche Feldgrau unserer Soldaten ist eine
Erzeugung von Indigo- und Alizarinfarben.

15 Kilogramm Gewicht auf 120 Kilogramm Schichtgewicht heranzumachen. Diese aber würden uns nicht weniger als 1.040.000 Kilogramm Fett liefern, das wir zurzeit doch wahrlich besser gebrauchen könnten als Schnaps. 210.000 Kilogramm Ethylalkohol können wir im Fleisch dieser Tiere noch obendrein. Leider ist die im Reichstag festgestellte Verwendung unseres Brotgetreides nicht der einzige Fehler, der in diesen Dingen noch tagtäglich begangen wird, verarbeitet doch unsere Bauern trotz des bestehenden Futtermangels noch immer täglich 55.000 Zentner Gerste. Dabei schlagen sich die Leute in den Geschäften wegen eines Pfundes Gräupchen herum. Meist sind Gräupchen überhaupt nicht zu haben, weil die Gerste eben nötiger zu Bier gebraucht wird. Ja, sogar Weizen wird noch immer von den Brauereien verarbeitet. 8700 Tonnen stehen ihnen für das Jahr zur Verfügung. Die beiden letzten Schnaps-Roggen und Bier-Weizen ergeben zusammengenommen eine Verfeinerung von 53.700 T. deutschen Getreides, für die Familie etwa 7 Pfunde! Und dabei mahnt die Regierung tagaus tagein, auch im zweiten Kriegsjahr streng hauszuhalten! Sie sollte statt ihrer Predigten lieber den Mut haben, mit gutem Beispiel voranzugehen und der Vergewöhnung von Roggen und Weizen zum Schnaps- und Bierbrauen endlich ein Ende machen!

Preissteigerung der Lebensmittel in der Schweiz.

Der Verband schweizerischer Konsumvereine machte am 1. Dezbr. 1915 eine Erhebung über die Verteuerung der Lebenshaltung. Der Bedarf einer Familie, bestehend aus 5 Köpfen (3 Kinder unter 10 Jahren) betrug nach den Erhebungen, berechnet nach den gegenwärtigen Preisen der Gebrauchsgüter:

für	im Jahre 1914		im Jahre 1915	
	Januarpreise	Dezemberpreise	Januarpreise	Dezemberpreise
Milch und Milchprodukte	330,02	380,94	330,02	380,94
Speisefette und Öle	40,55	53,65	40,55	53,65
Zerealien	215,10	205,57	215,10	205,57
Milchfrüchte	0,50	12,40	0,50	12,40
Fleisch	100,23	245,52	100,23	245,52
Bier	40,--	76,--	40,--	76,--
Kartoffeln	35,--	40,--	35,--	40,--
Zucker und Honig	38,08	52,05	38,08	52,05
Diverse Nahrungsmittel	36,44	38,44	36,44	38,44
Nahrungsmittel, total	944,08	1194,77	944,08	1194,77
Diverse Bedarfsartikel	98,87	120,40	98,87	120,40
Familienverbrauch, total	1042,95	1315,17	1042,95	1315,17

Die Verbrauchskosten stiegen demnach im Zeitraum von 1 1/2 Jahren um 26 Prozent, seit 1. Dezember 1915 um 4,7 Prozent. Ebenso wie in Deutschland sind auch in der Schweiz in den verschiedenen Randteilen die Preise einzelner Lebensmittel verschieden. So betragen die Ausgaben einer Familie mit 5 Köpfen pro Jahr:

Kantone (Wirtschaftsgebiete)	1914		1915	
	Januarpreise	Dezemberpreise	Januarpreise	Dezemberpreise
Urschweiz	1022,20	1258,20	1022,20	1258,20
Neuenburg und Jura	1002,20	1278,45	1002,20	1278,45
Norgau, Solothurn, Basel	1030,55	1287,84	1030,55	1287,84
Schaffhausen	1088,64	1296,32	1088,64	1296,32
Fribourg	1041,43	1206,16	1041,43	1206,16
St. Gallen, Appenzell, Glarus	1062,02	1311,85	1062,02	1311,85
Bern ohne Jura	1014,70	1313,32	1014,70	1313,32
Graf	970,02	1315,13	970,02	1315,13
Schweiz, Durchschnitt	1043,83	1315,17	1043,83	1315,17
Zug, Aargau	1068,27	1331,46	1068,27	1331,46
Basel	1034,47	1336,12	1034,47	1336,12
Basel	1041,52	1337,22	1041,52	1337,22
Zürich	1060,81	1344,87	1060,81	1344,87
Graubünden	1068,03	1388,43	1068,03	1388,43

Am niedrigsten stehen die Preise in der Urschweiz, am höchsten im Kanton Graubünden. — Der Krieg hat demnach auch in den neutralen Staaten ebenso preistreibend gewirkt wie in Deutschland.

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Beschäftigung Kriegsbeschädigter in der Industrie.

Gegen bestimmte Praktiken, die in der Industrie hinsichtlich der Beschäftigung von Militärdienst entlassener Mannschaften, insbesondere Kriegsbeschädigter, Platz gegriffen haben, spricht sich ein Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 11. Dezember 1915 in mißbilligender Weise folgendermaßen aus:

Wie mir berichtet wird, ist in den letzten Monaten häufiger beobachtet worden, daß aus dem Militärdienst mit oder ohne Versorgung entlassene Mannschaften, insbesondere Kriegsbeschädigte, in industriellen Betrieben nur dann Arbeit erhalten, wenn sie sich auf Grund des § 178 der Reichsversicherungsordnung von der Versicherungspflicht befreien lassen. Ein solches Verfahren, das große Härten herbeiführen kann, ist demnach nicht zulässig.

graben Teil derselben unausgenutzt in unseren Oefen als Steintohle direkt zu verbrennen. Eine neue Quelle für das Ammoniak wurde 1909 durch Professor Haber erschlossen, dem es gelang, den Stickstoff der Luft direkt mit dem Wasserstoff zu Ammoniak zu vereinigen, und dessen Verfahren von der Badischen Anilin- und Sodafabrik nunmehr im großen ausgeführt wird. Welche Bedeutung allen diesen Versuchen zur Herstellung von Ammoniak zukommt, kann man daraus erkennen, daß dieses Ammoniak uns durch einen besonderen Verbrennungsprozeß heute noch alle Salpeterminerale liefern muß, die wir zur Erzeugung von Sprengstoffen und Treibmitteln für Geschosse nicht entbehren können. Man male sich einmal aus, was es bedeuten würde, wenn Deutschland aus Mangel an Salpeter den Kampf hätte einstellen müssen; ein hervorragender Chemiker erklärte noch kürzlich, daß ihm die Salpeterfrage manche schlaflose Nacht bereitet hätte, und daß er erst beruhigt sei, nachdem er mit eigenen Augen die ersten 1000 T. künstlichen Salpeters in Deutschland gesehen habe. Auch hier bedanken wir es der Rolle und der deutschen Wissenschaft, daß Herr und Landwirtschaft an Salpeter keinen Mangel leiden werden. Zu welchem Maße die Produktion des schwefelsauren Ammoniaks in Deutschland gestiegen ist, geht daraus hervor, daß schon 1913 an 550.000 Tonnen im Werte von mehr als 150 Millionen Mark hergestellt und die englische Erzeugung um 130.000 Tonnen übertraffen wurde, während es im Jahre 1900 erst 130.000 Tonnen und beinahe 100.000 Tonnen weniger als in England waren.

Wir sind am Ende unserer Darstellung. Sehen wir von Kohle und Leuchtgas ganz ab, so sind Benzol, Naphthalin, Karbolsäure, Anilin und Ammoniak die eigentlichen Schätze der Kohle; in ihnen erheben wieder die Farben, Düfte, Heilkräfte und Alkohole einer längst verschwundenen Pflanzenwelt, die uns im gegenwärtigen Kriege so trefflich zu statten kommen. Ihre Wiedererziehung war aber nur möglich, weil in keinem Lande der Welt die chemische Wissenschaft und Technik in solcher Blüte stehen, wie im Lande der „Sonne und Vulkane“. Ein englisches Blatt, die „Daily Mail“, meinte kürzlich, das Weltvolk, was Deutschland besäße, seien seine Chemiker, ein deutscher Chemiker sei so viel wert wie ein Vatillon Soldaten, sie bereiten England eine Uebererschuldung nach der anderen und machen alle seine Unversorgungspläne durch ihre Erfindungen zunichte. Was Bismarck einst von dem preussischen Leutnant sagte, daß ihn kein Land der Welt uns nachmachen könne, das gilt heute auch von dem deutschen Chemiker; unsere Feinde spüren es deutlich bei ihren vergeblichen Bemühungen, die fehlenden deutschen Chemikalien durch eigene Produkte zu ersetzen.

Aber noch eins leitet das Vorhergehende: welchen Raubbau, welche finsternen Verschwendung mit den wertvollsten Gütern wir betreiben, wenn wir die Steintohle verbrennen, ohne sie vorher zu verkokieren, und ohne aus ihr alle die mannigfachen Nebenprodukte herauszuholen. Man hat ausgerechnet, daß mit den 50 Millionen Tonnen Hausbrandkohle und der gleichen Menge von Industriekohlen, die heute noch unverbrennt verbrannt werden, allein an Teer, Ammoniak und Benzol mindestens 1800 Millionen Mark nutzlos in die Lüfte gehen. Für etwa 25 Prozent unserer gesamten Steintohlerzeugung wird zurzeit verkokt, während alle die ungeschätzten Schätze, die in den übrigen 75 Prozent enthalten sind, unserem Nationalvermögen glatt verloren gehen. Möge der Krieg, der doch überall zur Wirtschaftlichkeit und Sparfamkeit erzigt, auch auf diesem Gebiete Wandel schaffen und uns dem Ende einer vollen rationalen Ausnutzung der Schätze der Kohle durch ihre vollständige Verkokung näherbringen! Verzeihe keine schwarzen Diamanten! Setze mit der Kohle das Gebot der Stunde.

muß und darf zu mißbilligen ist, widerspricht den Vorschriften des § 178 a. a. O., wonach auf Antrag lediglich befreit werden kann, wer „auf die Dauer nur zu einem geringen Teil arbeitsfähig ist“. Um solchen Mißbräuchen zu begegnen, ist es erforderlich, daß die Klassen- vorstände Befreiungsanträge nur dann genehmigen, wenn festgestellt worden ist, ob die Antragsteller tatsächlich nur zu einem geringen Teil arbeitsfähig sind und dieser Zustand als dauernd angesehen werden muß. Ich ersuche Sie, die Versicherungsämter zugleich unter Hinweis auf § 178 Abs. 2 a. a. O. anzuhaltend, daß sie den Klassenvorständen nahelegen, bei Entscheidungen über Befreiungsanträge hiernach zu verfahren.“

Kriegsgefangene als Industriearbeiter.

Für die Beschäftigung von Kriegsgefangenen in der Industrie sind vom preussischen Kriegsministerium allgemeine Grundsätze aufgestellt worden, deren Kenntnis auch für die deutsche Arbeiterschaft wertvoll und wichtig ist. Wir geben deshalb das Wichtigste daraus nachstehend wieder.

Beachtung über die Stellung von Kriegsgefangenen verdient zunächst die Bestimmung, daß Anträgen der Unternehmer, ihren Kriegsgefangenen zur Verfügung zu stellen, nur dann Entschieden werden soll, wenn feststeht, daß dadurch keinem einheimischen Arbeiter die Arbeitsmöglichkeit genommen wird, wie denn überhaupt die Arbeitskraft Kriegsgefangener nur als Ausnahme zu betrachten ist, die, sobald einheimische Arbeiter frei sind, durch diese zu ersetzen ist. Dafür, daß dieser Gesichtspunkt maßgebend bleibt, ist die staatliche Aufsichtsbekörde (Regierungspräsident) verantwortlich; deshalb ist deren Mitwirkung bei Prüfung und Erledigung eingehender Anträge vorgeschrieben. Einem Antrage auf Stellung von Kriegsgefangenen ist, von bestimmten Ausnahmen abgesehen, ein Verbot der Reichszentrale der Arbeitsnachweise beizufügen. Die Aufsichtsbekörde hat selbstverständlich auch mit dem Antrage zu sein, daß den Unternehmern für ihren Betrieb geeignete und vor allem arbeitsfähige Kriegsgefangene gestellt werden; dem etwaigen Verlangen aus Auswechslung solcher, deren Leistungen wegen Unfähigkeit dauernd unzureichend bleiben, muß stattgegeben werden. Die Arbeitsverträge für die Kriegsgefangenenarbeit wird grundsätzlich in derselben Höhe geschlossen, wie sie unter gleichen Umständen dem freien Arbeiter zu gewähren ist; sie ist für den Kopf und Arbeitstag an die Geresverteilung zu zahlen. Der Kriegsgefangene ist täglich mit einem Verdienstanteil abzufinden, der grundsätzlich 25 v. H. des Bruttolohnes beträgt. Bezüglich der Auszahlung hat das Bewachungskommando Anordnungen zu treffen. Vereinkerbung billigerer Lohnsätze mit den Unternehmern ist unzulässig.

Die Unterbringung und Verpflegung ist, wenn die Kriegsgefangenen nicht täglich von einem Gefangenenlager aus gestellt werden, grundsätzlich vom Arbeitgeber gegen Vergütung zu übernehmen. Für die Unterkunft werden für den Kopf (Mannschaft und Kriegsgefangene) täglich 15 Pf. berechnet; die Sätze für die Verpflegung betragen für die Mannschaften allgemein täglich 1,50 Mk., für die Kriegsgefangenen je nach der Kopfzahl bei 1—50 Mann je 1,30, bei 51—200 Mann je 1,20 und bei mehr als 200 Mann je 1,10 Mk. Dieser die Geresverwaltung das Brot, so verzehren sich die genannten Verpflegungssätze für je 100 Gramm um 4 Pf. Die Eisenbahn- und sonstigen Reiseflosten trägt der Arbeitgeber für einmalige Hin- und Rückfahrt vom und zum Kriegsgefangenenlager sowie für die Auswechslungen, die auf Veranlassung des Arbeitgebers vorgenommen werden. Ebenso fallen etwa für nötig befundene Zulagen an die Mannschaften, die von der Geresverwaltung gestellt wird, dem Arbeitgeber zur Last.

Da als Arbeiter beschäftigte Kriegsgefangene nach der Entscheidung des Reichsversicherungsamtes keine freien Arbeiter sind, unterliegen sie auch nicht der Versicherungspflicht nach der Reichsversicherungsordnung. Der Erlaß verpflichtet den Arbeitgeber, für die ärztliche Versorgung in dem Umfang, wie sie freien Arbeitern durch die Krankenkassen gewährt wird, aufzukommen. Erst wenn Ueberführung in ein Lazarett erforderlich geworden ist, tritt die Geresverwaltung von der Abführung des Erlaßes ab für die Kosten ein.

Für die Landwirtschaft gelten diese Bestimmungen nicht. Den landwirtschaftlichen Betrieben werden Kriegsgefangene zu wesentlich günstigeren Bedingungen gestellt. Die industriellen Unternehmer sind deshalb seit langer Zeit bemüht, auch für sich die Gefangenen billiger zu bekommen. Besonders für die Müssen, mit denen man angeglich vielfach sehr schlechte Erfahrungen gemacht hat, will man nicht soviel bezahlen. Die deutsche Arbeiterschaft ist natürlich in hohem Maße daran interessiert, daß die Gefangenen nicht zu Lohnbrüchern werden, und muß deshalb die Innehaltung der oben wiedergegebenen Verordnung dringend wünschen.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Unternehmergewinne im Bergbau.

„Bringt Opfer für das Vaterland!“ Immer wieder hört man diesen Ruf und niemand wird sagen können, daß ihn die Arbeiterschaft nicht befolgt habe. Wir verdienen auch nicht, daß von Unternehmenseite aus viel getan wurde, um den im Felde Stehenden ihr Los zu erleichtern. Doch gesagt muß auch werden, daß sich die Bergwerksbetreiber bei der Opferung noch ganz wohl befinden, während die Arbeiterschaft infolge der immer teurer werdenden Lebensmittel jedes Opfer doppelt spürt. Das Fund Werbestücke, teilt im rheinisch-westfälischen Industriegebiete jetzt 1 Mk., Altpfennig 65 Pf., ein Liter Milch 30 Pf.; von anderen Lebensmitteln ganz zu schweigen, denn sie sind für den Arbeiterhaushalt, von Kartoffeln abgesehen, kaum mehr zu erweichen.

Die Bergwerkunternehmungen werfen aber zum größten Teil noch dieselben Gewinne, öfters noch größere wie vor dem Kriege, ab, und ihren Besitzern muß vor allem zugerechnet werden: „Bringt Opfer für das Vaterland!“ Erhöht die Löhne der schwer arbeitenden Bergarbeiter, auf daß sie stärkere Nahrung zu sich nehmen können und nicht nach Beendigung des Krieges ein kranker, fleckiger Bergmannsstock vorhanden ist, mit dem das konkurrierende Ausland leichtes Spiel hat.

Daß es sich als Bergwerksunternehmer und Aktionäre noch gut leben läßt, mögen die folgenden Ueberschüsse beweisen, die wahllos zusammengestellt sind:

Wagbaurger Bergwerks-V. G. Der Aufsichtsrat beschloß in seiner Sitzung vom 1. Febr. 1916 die Verteilung einer Dividende von 30 Prozent (im Vorjahre 22 Prozent). — Gewerkschaft Konstantin der Große, Bochum. Für das Jahr 1915 kamen zur Verteilung pro Akt 2500 Mk. (im Vorjahre 2250 Mk.). — Gewerkschaft Ewald, Berlin. Der Ueberseh betrug 4.380.604 Mk. (im Vorjahre 4.369.892 Mk.). — Gewerkschaft Brauer, Marl. Die Abschreibung des zweiten Halbjahres 1915 steht nach nicht endgültig fest, doch betrug die Koflenüberdeckung 190.371 Tonnen gegen 183.724 T. im ersten Halbjahr, wo ein Reinerdividend von 217.686 Mk. verblieb. — Märkisch-Westfälischer Bergwerksverein, Leitmathe. Für 1915 wird nach Schätzung die Ausdehnung einer 10-prozentigen Dividende erwartet gegen 7 Prozent im Jahre 1914. — Rheinisch-Westfälischer Bergwerks- und Gütten-V. G. Es wird mit einer Dividende von 13 Prozent gerechnet (im Vorjahre 6 Prozent).

Die Quartalsüberschüsse folgender Zeichen betragen:

	4. Viertel 1915	3. Viertel 1915	4. Viertel 1914
König Ludwig, Neudingshausen	1.582.559	608.583	895.277 Mk.
Graf Schwerin, Gattrop	287.510	331.320	95.538 "
Rohrbrunnen, Werdohl	1.454.975	900.173	358.671 "
Archie Vogel und Haverkost, Schüren	264.456	155.944	63.540 "
Kont. Geis, Sodingen	547.066	715.259	430.256 "

Dies sind nur einige Zeichen von den vielen, die sich jetzt gut leben. Es war nun endlich dazu übergeht, den Lohn gemäß der letzten Noederung der Bergarbeiter um 10—20 Prozent aufzubessern?

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Das Vereinsrecht der Eisenbahner.

In Berliner großkapitalistischen Zeitungen, die über diese zeitgemäße Rennerung gar nicht erdaut sind, wird über neue Ausnahmeverordnungen der preussisch-hessischen Staatszeitungsbekörde folgendes mitgeteilt: „Bei der Annahme der mit jedem neu eintretenden Arbeiter aufzunehmenden Verhandlung hatte bisher der Vorgesetzte den Neueintretenden u. a. ausdrücklich auf den § 2, Abs. 3, der „Gemeinsamen Bestimmungen für Arbeiter aller Dienstweige der preussisch-hessischen Staatszeitungsverwaltung“ hinzuweisen, der lautet: „Auch außerhalb des Dienstes hat der Arbeiter sich achbar und

ehrenhaft zu führen und sich von der Teilnahme an sozialdemokratischen und anderen ordnungswidrigen Versammlungen, Vereinen und Versammlungen fernzuhalten.“ Diese Vorschriften wurde dann dem Vereinling gemäß wie folgt erläutert: Er dürfe dem Transportarbeiterverband (Vereinigung der Eisenbahner) sowie überhaupt solchen Vereinen und Verbänden, die die Arbeitseinstellung als zulässig erachten, nicht angehören. Als Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen werde auch das Halten und Verteilen sozialdemokratischer Zeitungen und sonstiger sozialdemokratischer Propagandagenisse sowie der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen angesehen. Zumidberhandlung würden die Kündigung des Dienstverhältnisses zur Folge haben. Der — — — erklärte hierauf: „Ich habe die mit gemachten Bestimmungen wohl verstanden, verspreche, sie zu befolgen und erkenne die „Gemeinsamen Bestimmungen für die Arbeiter aller Dienstweige“ als Grundlage meines Arbeitsvertrages an.“ Die „neue Arbeitsordnung“ (Stelch) nunmehr die Worte „sozialdemokratischen und anderen“, hält jedoch das Streikverbot, insbesondere des Generalstreiks aufrecht. An die Stelle der vorstehend erwähnten Annahmeverhandlung tritt jetzt eine kurze Bestätigung der Kündigung an der neuen Arbeiter nebst schriftlichem Anerkennung der „Arbeiterdienstordnung“. — Immerhin ein Schritt vorwärts.

Was die christlichen Gewerkschaften aus dem Weltkrieg gelernt haben.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht das christliche Gewerkschaftsorgan, die „Keram- und Steinarbeiter-Zeitung“, in ihrer Nr. 3 vom 6. Febr. einen Artikel, der sich mit den Erfahrungen beschäftigt, die die christlichen Gewerkschaften in diesem Weltkrieg gemacht haben. Sie hätten, so heißt es, zuerst die ungeheure Macht der Organisation bei allen Bevölkerungsgruppen erkannt. Aber mehr noch:

„Wir haben in diesem Krieg mit den Andersgearteten und Unterorganisierten gemeinsam in den Kämpfen und in Schützengräben gelegen, haben für gemeinsame große Ziele gemeinsam Blut und Leben aufs Spiel gesetzt. Die Führer der verschiedenen Arbeiterorganisationen sind unter dem Zeichen des Durchhaltens so im allgemeinen ebenfalls ganz ausgekommen, ohne sich heftig zu bekämpfen. Deshalb hat keiner was von seinen Zielen und seiner Ueberzeugung preisgegeben. Warum sollte nicht auch nach dem Krieg ein besseres Zusammenwirken der verschiedenen Arbeiterverbände möglich sein? Wir sehen, wie sich die in grundsätzlichen und diesen praktischen Fragen oft sehr verschiedenartigen Organisationen anderer Gewerkschaften in den ihnen gemeinsamen Fragen recht friedlich und brüderlich zusammenfinden. Wir sehen heute in allen Fragen, die landwirtschaftliche Interessen betreffen, christliche Bauernvereine und Bund der Landwirte Hand in Hand. Deswegen geht kein einziges Bauernvereinsmitglied zum Bund der Landwirte über und umgekehrt. Nur die Organisationen arbeiten zum Nutzen aller zusammen. Ähnlich sehen wir es im Handel und Gewerbe. Wir möchten nicht einsehen, warum sich nicht auch die Arbeitergewerkschaften gegenseitig als gleichberechtigt und daselbstberechtigt anerkennen könnten unter voller Wahrung der Selbstständigkeit und Eigenart der einzelnen Organisationen und unter Achtung der Grundzüge und der Ueberzeugung der anderen. Deswegen brauche der notwendige Konkurrenzkampf nicht aufzuhören. Bei allseitigem guten Willen ließen sich schon Mittel und Wege finden, um Heißsporne zu fesseln und drücken etwas zurückzufallen. Es läge im Interesse der gesamten deutschen Arbeiterschaft und des ganzen deutschen Volkes.“

Auch aus der Kriegserfahrung und den Vorgängen bei der Lebensmittelförderung haben wir gelernt. Wir müssen neben dem notwendigen Schutz der Erzeugung und der Vermittlung von Gegenständen des täglichen Bedarfs auch einen wirksamen Konsumschutz haben. Die Konsumgenossenschaften müssen etwas elastischer, den verschiedenen gearteten Verhältnissen ausrichtungs-fähiger gestaltet und ganz anders als bisher verbeibet werden. Wir haben in diesem Krieg auch die große Bedeutung des politischen Einflusses für die einzelnen Gewerkschaften noch mehr als bisher kennen gelernt. Voraus ergab sich die Notwendigkeit einer stärkeren politischen Vertretung der Arbeiterwelt. Wir brauchen deshalb nicht unseren Verband, unsere Gewerkschaft zum politischen Verein zu machen. Aber als Arbeiter wollen und müssen wir mehr als bisher mitreden im öffentlichen Leben. Ganz besonders müssen wir in den Gemeinden, in den Kreisrätschen oder dem Distriktat, in den Provinzialparlamenten, in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten ganz anders als Arbeiter zur Geltung kommen. Erfahrungen und Erkenntnisse aus diesem Krieg wollen wir später nicht wieder missen. Warum Wahlrechtsreform auf der ganzen Linie und Platz überall auch für uns Arbeiter.“

Auf die Verteilungsfrage des deutschen Volkes eingehend, sagt das Blatt, es müsse für eine starke Wehrmacht eingetreten werden, ebenso müßten die Arbeiter sich mehr um die Fragen der Volkspolitik kümmern. Es könne den Arbeitern nicht gleichgültig sein, was unten auf der Balkanhalbinsel vorgehe, wer den Suezkanal, den Ausgang des Golfes von Aden in Händen halte, wenn die überseeischen Kabel gehöre, wer die Weltmeere beherrsche usw. Und interessiert besonders die sehr häufig auch in anderen christlichen Arbeiterorganen wiederkehrende Forderung, daß die christlichen Arbeiter Gemeinshaftarbeit mit den Arbeitern anderer Gewerkschaftsrichtungen suchen, und daß sie energisch für eine Wahlrechtsreform eintreten wollen. Diesen Standpunkt haben wir immer vertreten.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Eigenliebe gegen die Volksfürsorge endgültig erlosch.

Der Sekretär des reichsdeutschen Bergarbeiterverbandes Nieder-schlesien, Edmund Fichtner in Ober-Waldenburg, rückte sich als Angehöriger der von dem Stappischen Verband öffentlich-rechtlicher Lebensversicherungsanstalten finanziell misgelaunten „nationalen“ Arbeiterorganisationen berufen, der Volksfürsorge in Schlesien das Wort zu erlauben. Zu diesem Zweck verfaßte und verbreitete er Flugblätter für Arbeiter und Zirkulare für Arbeitgeber, worin er die verabschiedeten Umnachrichten zusammenstellte, um die Leser von der Volksfürsorge fernzuhalten und sie für die öffentlich-rechtliche Anstalt zu gewinnen. Weil gerade diese persönlich durch Fichtner gezeichneten Flugblätter eine Muster Sammlung der größten Unwahrheiten enthielten, die von den Gegnern der Volksfürsorge zu deren Bekämpfung erfinden wurden, suchte der Vorstand durch eine Klage auf Grund des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb Fichtner zum Beweis seiner Behauptungen oder zur Unterlassung derselben zu zwingen, nachdem dieser es abgelehnt hatte, in einer öffentlich-abgegebenen Erklärung seine unwahren Behauptungen zurückzunehmen. Der erste Termin war auf den 28. November 1915 vor dem Amtsgericht in Waldenburg anberaumt. Nach Ueberwindung zahlreicher Hindernisse kam es nach sechsmonatiger Vertagung und verschiedenen Beweiserhandlungen am 22. Mai 1914 zu einem erfindungsmäßigen Urteil, welches dem Antrage des Vorstandes der Volksfürsorge entsprechend, Fichtner zur Unterlassung seiner Unwahrheiten verurteilte.

Nach gab dieser jedoch seine Hoffnung auf gerichtlichen Schutz nicht auf. Er legte Berufung ein. Zu diesem Verfahren provozierte er noch das ausführliche Gutachten eines sachverständigen Rathematerialien zum Beweis seiner Behauptung, daß die Volksfürsorge etwa 3 1/2 Prozent der Gelder der Versicherten zur Beilegung politischer Demagogien zu verwenden. Doch damit fiel er glanzlos herein. Obgleich das Gericht dem Sachverständigen die Frage vorlegte, ob die Volksfürsorge etwa 3 1/2 Prozent ihrer Prämien für Agitation zu verwenden, erfolgte selbst darauf noch sorgfältiger Analyse aller Verhältnisse der Volksfürsorge die klare Antwort, daß die Fichtnerische Behauptung nicht richtig sei, sondern „erheblich weniger“ ausgegeben werde.

So stand die Sache, als am 5. Februar 1916 das Landgericht Schweidnitz endlich zur Verurteilungsurteilung zusammentrat. Dazu war Herr Fichtner im Stadium eines Ordens persönlich erschienen. Nach Feststellung des völlig negativen Ergebnisses des Sachverständigengutachtens legte der Richter dem Angeklagten in wohlwollender Weise nahe, es in Rücksicht auf die entstehenden höheren Kosten nicht auf ein Urteil antworten zu lassen, sondern vorher die Verurteilung zurückzugeben. Sehr ungern, aber in der Voraussicht auf die durch die Berufung entstehenden Kosten beider Parteien dem Bureau seines Anwalts und zog die Berufung zurück, indem er seinem Anwalt gegenüber wehmütig behauptete, daß die politischen Verhältnisse der letzten 1 1/2 Jahre sich so ungünstig für seine „nationale“ Sache entwickelt hätten.

Dieser Stolzfeuer zeigt, was Fichtner vor dem Kriege von den Gerichten gehalten hat, er läßt aber auch hoffen, daß die Zeiten der rechtsverbindlichen Methoden auch im geschäftlichen Kampfe gegen die Volksfürsorge vorbei sind. Es bleibt noch in diesem Streitfeld

